



Programm für die Kommunalwahl am 15.03.2026

Leitbild

Wir kämpfen für ein Groß-Umstadt, in dem alle Menschen – unabhängig von Einkommen, Herkunft, Alter, Geschlecht oder Behinderung – in Würde leben.

Für eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind Wohnen, Mobilität, soziale Sicherheit, Inklusion und Klimaschutz keine Privilegien, sondern die Grundrechte aller. Diese müssen gerade auf kommunaler Ebene konkret erfahrbar, verlässlich geschützt und demokratisch-aktiv gestaltet werden.

Wir als Die Linke orientieren uns an klaren Prinzipien:

- Gemeinwohl vor Profitinteressen
- Demokratische Teilhabe statt geschlossener Zirkel
- Inklusion statt Ausgrenzung
- Klimaschutz als verbindliche Querschnittsaufgabe der Gegenwart und Zukunft

Groß-Umstadt soll eine Stadt sein, in der alle Menschen – mit und ohne Einschränkungen – die gleichen Chancen haben, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten und ein gutes Leben zu führen.

Wohnen

Wohnen ist Menschenrecht! – kein Spekulationsobjekt.

Bezahlbarer Wohnraum bildet die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit.

Die aktuelle Wohnungskrise gefährdet sozialen Zusammenhalt, Demokratie und verschärft bestehende Ungleichheiten.

Auch in Groß-Umstadt ist der Wohnungsmarkt angespannt. Viele Menschen finden trotz Arbeit und Einkommen keine bezahlbare Wohnung, Familien leben in zu kleinen oder überteuerten Wohnungen, während zahlreiche Wohnungen leer stehen.

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wollen wir innerhalb unserer Stadt nachverdichten. Das Erschließen neuer Baugebiete mit Straßen, Kanalisation, Leitungen usw. wollen wir uns sparen und schlagen stattdessen vor, in bestehenden Wohngebieten möglichst effizient neuen Wohnraum zu schaffen.

Effizienz bedeutet, auf mehrstöckige Mehrfamilienhäuser in möglichst klimaschonender Bauweise und in möglichst zentraler Lage zu setzen. So haben alle Bürger*innen der Stadt kurze Wege zur Haltestelle, zum Einkaufen oder zur Ärzt*innenpraxis und der Bedarf an Autos geht zurück.

Die Klemme auflösen

Der Wohnungsmarkt hält viele Menschen in unpassenden Wohnungen gefangen: Wenn Eigentümer*innen aus einem zu großen Haus oder einer nicht barrierefreien Wohnung ausziehen möchten, finden sie keine bezahlbaren Alternativen und Mieter*innen mit günstigeren Altverträgen können sich meist den Umzug in eine passendere Wohnung nicht leisten.

Um diese Klemme aufzulösen, sollten günstige, barrierefreie Wohneinheiten in öffentlicher Trägerschaft vorgehalten und eine Kontaktbörse eingerichtet werden, die den Austausch von Wohnraum erleichtert.

Ausbau von „Vermiete an deine Stadt“

Hinzu kommt, dass Eigentümer*innen häufig aus Sorge vor Zahlungsausfällen oder Konflikten ihre Wohnungen gar nicht erst vermieten. Hier kann die Stadt gezielt mit dem bestehenden Programm „Vermiete an deine Stadt“ ansetzen. Wenn dieses Programm aktiver beworben, ausgebaut und offensiver eingesetzt wird, kann ein Teil des Leerstands kurzfristig mobilisiert und für Menschen geöffnet werden, die dringend Wohnraum benötigen.

Leerstand aktiv abbauen

Ein Teil des Leerstands entsteht durch Immobilien als Wertanlage, ein anderer, weil Eigentümer*innen mit dem Aufwand einer Vermietung schlicht überfordert sind. Diese Verschwendung von dringend benötigtem Wohnraum führt zu Verdrängungen auf dem Wohnungsmarkt, dem Absterben der Innenstadt und schädigt unser Zusammenleben. Leerstand dürfen wir uns nicht länger leisten.

Wir fordern daher:

- ein Leerstandsregister, um Leerstand sichtbar zu machen
- eine Leerstandssatzung, um Leerstand finanziell unattraktiv zu machen
- die Rückgewinnung von Wohnraum in Unternehmensbesitz

Öffentlicher Wohnbau

Wohnungsnot ist nicht neu in unserer Geschichte. Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs wurde viel bezahlbarer Wohnraum durch öffentliche Wohnbaugesellschaften geschaffen. Nach den Privatisierungswellen um die Jahrtausendwende und der Zulassung großer Immobilienfonds hat sich die Situation wahrnehmbar, bis hin zur momentanen Katastrophe, verschlechtert. Es ist an der Zeit anzuerkennen, dass der „freie“ Markt und Spekulationsgeschäfte hier nicht die Lösung, sondern das Problem sind.

Die Linke fordert daher die Rückkehr zum öffentlichen Wohnbau, am besten mit einer kreiseigenen Wohnbaugesellschaft oder Genossenschaften.

Bezahlbare Wohnungen für alle

In Groß-Umstadt gilt seit 2018 bereits der Grundsatz, dass 30 % der Wohneinheiten in neuen Bauprojekten Sozialwohnungen sein sollen. Mehr als eine Willenserklärung ist das allerdings nicht.

Das Modell der Sozialwohnung ist folgendes: Ein profitorientierter Investor baut eine Wohnung und die Stadt bezahlt für eine Zeit einen Zuschuss, damit die Miete im Rahmen bleibt. Nach Ablauf dieser Zeit wird die Miete dann dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Das heißt, sie steigt rasant.

Die Linke fordert eine Abkehr von diesem Prinzip und den Verbleib aller Sozialwohnungen im nicht profitorientierten Bereich.

Wir schlagen vor, in bestehenden Wohngebieten aktiv bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, also kleine Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern, durch öffentliche Wohnbaugesellschaften oder Genossenschaften. Wo dies möglich ist, sollen bestehende Gebäude aufgestockt oder saniert werden. Eine mutige Wohnungspolitik kann aber auch bebaute Grundstücke erwerben und neuen Wohnraum schaffen, der mehr Menschen eine Heimat bietet.

Wir fordern daher:

- Die bestehenden Regelungen wie Stellplatzsatzung oder Bauleitplanung wollen wir dahingehend anpassen, dass Einfamilienhäuser durch Mehrfamilienhäuser ersetzt werden können.

Grundstücke nicht aus der Hand geben

Eine besondere Form des Leerstands sind sogenannte Enkelgrundstücke, also Grundstücke, die für eine zukünftige Bebauung durch Erbnachfolger*innen freigehalten werden. Diese bilden meist unschöne Brachflächen in bester Lage und enden oft als reine Wertanlage. Hier sollte unbedingt die Grundsteuer genutzt werden, um dieses unsolidarische Verhalten unattraktiver zu gestalten.

Um solche Lücken in den Wohngebieten vorzubeugen, sollte bei Grundstücken, die von der Stadt verkauft werden, festgelegt werden, dass diese auch bebaut werden müssen. Andernfalls gehen sie nach einem bestimmten Zeitraum zum Verkaufspreis an die Stadt zurück. Spekulation ist somit ausgeschlossen.

Den größten Einfluss auf die Stadtentwicklung behält die Kommune, indem sie Grundstücke nicht erst veräußert, sondern in Erbpacht vergibt.

Qualifizierter Mietspiegel

Ein qualifizierter Mietspiegel stellt die ortsüblichen Mieten dar und verhindert durch Vergleichswerte Mietwucher. Mit der derzeitigen Regelung werden nur teure Neuvermietungen berücksichtigt, wodurch die Vergleichsmiete höher angesetzt wird als der Durchschnitt in Wirklichkeit ist.

Der Mietspiegel wird dadurch zum Miet*erhöhungs*spiegel.

Wir fordern daher von der Bundesregierung:

- alle Mieten in den qualifizierten Mietspiegel einzubeziehen
- den Stopp von Wuchermieten durch einen Mietendeckel

Durch die Umsetzung dieser Forderungen kann die Situation am Wohnungsmarkt nachhaltig verbessert werden, darum setzen wir uns als Die Linke für eine entschlossene kommunale Wohnungspolitik ein, die Leerstand effektiv reduziert, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau stärkt und private Eigentümer*innen einbindet – zum Wohle der Menschen, nicht der Spekulation.

Mobilität – Bewegungsfreiheit für alle

Mobilität ist Menschenrecht! – Teilhabe bedeutet, dass sich alle Menschen sicher und selbstbestimmt von A nach B bewegen können – egal ob zu Fuß, mit dem Rad, den Öffis oder dem Auto. Freie Beweglichkeit darf nicht vom Besitz eines Autos abhängen. Alle Menschen, ob jung oder alt, mit oder ohne Führerschein, müssen die Möglichkeit haben, selbstständig und sicher ans Ziel zu kommen.

ÖPNV

Öffentliche Verkehrsmittel sind häufig zu unzuverlässig, langsam, teuer oder schlicht nicht barrierefrei. Ein guter ÖPNV fühlt sich für alle bequem und sicher an und darf auch schön sein!

Wir fordern daher:

- überdachte und vor Wind schützende Wartehäuschen an allen Bushaltestellen
- saubere, bequeme und instandgehaltene Haltestellen
- begrünte, optisch ansprechende Haltestellen, besonders an zentralen Orten
- konsequente Barrierefreiheit in allen Verkehrsanlagen und Fahrzeugen
- mindestens stündliche Direktverbindungen von und zu den Ortsteilen
- Ausbau des DaDi-Liners und des Umstädter Bürgerbusses
- Umstellen auf emissionsärmere und leise Elektrofahrzeuge
- Einführung eines kommunalen Sozialtickets

Fahrrad

Fahrradfahren macht Spaß, fördert die Gesundheit und schützt zudem das Klima. Gefährliche Unfälle häufen sich gerade dort, wo der Radverkehr – darunter oft Kinder und ältere Menschen – sich den knappen Straßenraum mit schnellem Autoverkehr teilen muss. Fehlende oder unzureichende Radinfrastruktur gefährdet Menschenleben und schreckt viele vom Umstieg aufs Rad ab.

Wir fordern daher:

- Priorität für abgesetzte Fahrradwege, besonders zwischen den Ortsteilen

- schnellstmögliche Umsetzung eines Fahrradwegs zwischen Umstadt und Raibach

Fußgänger*innenfreundliche Stadt

Der Raum in der Stadt sollte den Menschen zur Verfügung stehen. Unsere Straßen sollten ein sicherer Raum für alle Verkehrsteilnehmer*innen sein.

Wir fordern daher:

- Möglichst viel Tempo 30 und verkehrsberuhigte Bereiche in der Innenstadt
- Mehr Zebrastreifen und Fußgängerampeln
- sichere Querungen für Fußgänger*innen

Klimaschutz – Lokal handeln, global wirken

Das Recht auf Leben, Gesundheit und eine sichere Umwelt sind grundlegende Menschenrechte! – Fossile Energiekonzerne zerstören durch ihr Wirtschaftsmodell diese Grundlagen. Während viele Menschen ihren CO₂-Ausstoß reduzieren, machen wenige Superreiche diese Bemühungen zunichte. Klimaschutz darf nicht zur individuellen Last werden, sondern muss strukturell verankert sein. Alle Menschen – ob hier oder anderswo, heute oder in der Zukunft – haben das Recht auf eine lebenswerte und sichere Zukunft.

Photovoltaik

Die Kombination von PV-Anlagen mit Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen spart Nutzer*innen schon heute viel Geld; dies wird bei steigenden CO₂-Preisen auch nicht geringer werden. Mieter*innenstromprojekte können in Mehrfamilienhäusern die Möglichkeit dafür eröffnen. Viele Häuser haben keine PV-Anlage, weil Immobilienbesitzer*innen nicht direkt davon profitieren, bürokratische Hürden zu hoch sind oder einfach aus Unwissen.

Wir fordern daher:

- Öffentliche Gebäude sollen ihre Dächer für PV-Projekte zur Verfügung stellen
- Strom aus Anlagen auf städtischen Gebäuden soll günstig über Ladestationen zur Verfügung gestellt werden
- Eine kommunale Beratungsstelle für Mieter*innenstromprojekte
- Ein Förderprogramm für Balkonkraftwerke und Splitklimagesäte

Windenergie

Windenergie ist die günstigste Art, klimafreundliche Stromerzeugung auszubauen, da der große Teil der Stromerträge im Winter anfällt und moderne Schwachwindanlagen wegen ihrer Größe relativ selten still stehen. Das Landschaftsbild wird unbestreitbar beeinträchtigt; es macht aber einen großen Unterschied, ob man beim Anblick der Anlagen an die Ersparnisse durch günstigeren Strom für Heizung und Haushalt denkt oder die eigene Ohnmacht unter die Nase gerieben wird.

Wir fordern daher:

- Beim Errichten von Windenergie müssen die Anwohner*innen an den Erträgen beteiligt werden. Dies darf nicht nur in Form von finanziellen Einlagen geschehen; idealerweise gibt es vergünstigten Strom oder Geld.
- Perspektivisch sollte Windenergie in Quartierstromprojekte einbezogen werden; die Forderung, dies möglich zu machen, geht an die Bundesregierung.

Naturschutz und Artenvielfalt

Versiegelte Böden können kein Wasser aufnehmen, heizen sich im Sommer stark auf und vernichten Lebensräume für Insekten und andere Tiere. Gleichzeitig hat das Insektensterben dramatische Ausmaße erreicht und Bäume ziehen gerade bei Bauprojekten im Innenbereich meist den Kürzeren. Dabei sind intakte Ökosysteme unsere beste Lebensversicherung gegen die Klimakrise.

Wir fordern daher:

- Ausgleichsflächen sollen der Errichtung von Biotopverbänden dienen
- Anlage von Blühstreifen und Wildblumenwiesen
- Entsiegelung statt Neuversiegelung – Vorrang für Flächenrecycling
- Insektenfreundliche Beleuchtungskonzepte (gezielt, warmweißes Licht)

Klimaanpassung und nachhaltige Lebensweise

Die Klimakrise ist bereits Realität. Hitzewellen, Starkregen und Dürreperioden nehmen zu und gefährden besonders vulnerable Gruppen. Kommunen können durch ihre Vorbildfunktion, kluge Stadtplanung und Förderung nachhaltiger Lebensstile zum Wandel beitragen.

Wir fordern daher:

- Begrünung und Verschattung öffentlicher Plätze und Schulhöfe
- Ausgewogene pflanzliche Angebote bei allen öffentlichen Veranstaltungen
- Einrichtung von Trinkwasserbrunnen an öffentlichen Plätzen

Soziales und Teilhabe – Für ein solidarisches Miteinander

Eine gerechte Stadt braucht soziale Infrastruktur, Inklusion und echte Mitbestimmung. Alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Einkommen, Alter, Geschlecht oder Fähigkeiten – sollen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Wir fordern daher:

- Einrichtung eines Jugendparlaments mit Budget und echter Beteiligung
- Ausbau von Jugendzentren mit qualifizierter Sozialarbeit in allen Ortsteilen
- Schaffung offener Begegnungsräume in allen Stadtteilen, die barrierefrei zugänglich und generationenübergreifend nutzbar sind
- Ausbau des Kita-Angebots mit kleineren Gruppen und inklusiver Betreuung
- Ernährung als fester Bestandteil frühkindlicher Bildung, mit Fokus auf regionalen Produkten, niedrigem Verarbeitungsgrad und pflanzenbasierten Angeboten
- Inklusion als Leitprinzip in allen sozialen Einrichtungen und Programmen – mit echter Beteiligung und Mitgestaltung durch Menschen mit Behinderungen
- Einrichtung von Nachttaxi- und Nachtbushaltestellen auf Wunsch, um insbesondere die Sicherheit von FLINTA*-Personen zu erhöhen
- Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung sowie die sichtbare Förderung von Vielfalt

Digitalisierung – Teilhabe für alle

Digitalisierung ist die Herausforderung für das 21. Jahrhundert. Echte Mitbestimmung bedeutet, dass Menschen nicht nur alle paar Jahre abstimmen, sondern kontinuierlich an Entscheidungen beteiligt werden – transparent, verbindlich und auf Augenhöhe. Während Verwaltungen in proprietäre Software investieren und damit abhängig von Konzernen werden, bleiben viele Menschen von digitalen Angeboten ausgeschlossen. Die Menschen vor Ort haben das beste Wissen über ihre Bedürfnisse, ihre Straßen, ihre Nachbarschaft. Alle Menschen – ob technikaffin oder nicht, jung oder alt – haben das Recht auf Zugang zu Informationen und digitaler Teilhabe.

Wir fordern daher:

- Ausbau kostenfreier öffentlicher WLAN-Zugänge an zentralen Orten
- Unterstützung für Menschen ohne einfachen Zugang: Beratungsangebote, öffentliche Terminals, analoge Alternativen
- Ausbau und Verstärkung von Beteiligungsformaten für Jugendliche, Senior*innen und Menschen mit Behinderungen
- Niedrigschwellige Informations- und Rückmeldekanäle zwischen Verwaltung, Politik und Bürger*innen
- Einführung digitaler Beteiligungsformate: digitale Bürger*innenversammlungen, Online-Foren, Live-Streams wichtiger Sitzungen

Finanzielle und rechtliche Einordnung

Ambitionierte Ziele brauchen konkrete Umsetzung. Oft heißt es „kein Geld da“ – dabei stehen Fördertöpfe bereit, kommunale Flächen liegen brach und Bürger*innen sind bereit mitzumachen. Was fehlt, ist der politische Wille. Echter Wandel entsteht nicht durch Privatisierung, sondern durch demokratische Kontrolle und Beteiligung der Menschen vor Ort.

Daher fordern wir:

- Aktivierung kommunaler Flächen für Gemeinwohlprojekte
- Konsequente Nutzung von Förderprogrammen (Bund, Land, EU)
- Förderung von Bürger*innenenergiegesellschaften und Genossenschaften
- Nutzung rechtlicher Instrumente: kommunale Satzungen, HWoAufG gegen Leerstand, EEG für erneuerbare Energien
- Stärkung kommunaler Eigenregie statt Outsourcing

Schlusswort

Groß-Umstadt steht vor wichtigen Entscheidungen. Die Frage ist, wie wir uns unser Zusammenleben vorstellen: Eine Stadt, die von Wenigen für Wenige gemacht wird – oder eine lebendige Kommune, die wir gemeinsam nach den Bedürfnissen aller gestalten?

Die Politik, für die wir als Die Linke kämpfen, schafft bezahlbaren Wohnraum für alle, leitet eine inklusive Verkehrswende ein, macht Klimaschutz zur Pflicht statt zum Lippenbekenntnis, sichert soziale Gerechtigkeit statt Zweiklassengesellschaft und lebt Mitbestimmung.

Die Zukunft kommt nicht von allein. Hilf uns dabei, sie zu gestalten – gemeinsam, solidarisch, klimagerecht und inklusiv.